

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.
Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Verantwortlicher Hr. 123.

Verantwortlicher Hr. 123.

Er erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2 M. — 4 vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1 M. 80 Pf.



Anzeigenpreis.
Der 6-spaltige Zeilen oder deren Raum für Geisenheim 10 Pf.;
außerhalb 15 Pf. — Reklamapreis 30 Pf.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 141.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Dienstag, den 3. Dezember 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

Frauen! Lernt wählen!

Bei der nächsten Wahl geht es ganz anders zu, als bei allen früheren.

Von fünf zu fünf Jahren gab es bisher regelmäßige Wahlen. Zu dem alten Stamme der Wähler kamen dann fünf Jahrgänge von Jünglingen hinzu, die inzwischen in das wahlfähige Alter (24 oder 25 Jahre) hineingewachsen waren. Dabei blieben die älteren Jahrgänge immer in der großen Mehrheit.

Seht ihr den Zuwachs ungeheuer groß. Erstens ist die Wahl zum Reichstag um fast zwei Jahre hinausgeschoben worden, sodas schon nach dem alten Wahlrecht sieben Jahrgänge hinzukommen würden. Zweitens soll jetzt das Wahlalter um vier Jahre herabgesetzt werden: das macht im ganzen einen Zuwachs an männlichen Wählern von 11 Jahrgängen, und zwar von Jahrgängen mit der stärksten Befähigung, weil der Tod unter den jüngeren Schichten weniger aufgeräumt hat, als unter den älteren. Von viel größerer Bedeutung ist aber noch der Eintritt des weiblichen Geschlechts in die Wählerschaft. Die Frauen und Mädchen bilden an sich schon die Mehrheit unter den Erwachsenen.

Von diesem dreifachen Zuwachs zur Wählerschaft wird der ältere Stamm in den Hintergrund gedrängt. Die Neulinge geben den Ausschlag. Ueber die Zukunft des Vaterlandes entscheiden diejenigen, die zum ersten Male die Wahlzettel schwingen.

Auf die Neulinge fällt eine weltgeschichtliche Verantwortlichkeit. Sie müssen also zu ihrer folgenreicheren Tätigkeit recht sorgfältig vorbereitet werden.

Dafür bleibt nun aber nur eine kurze Zeit von ein paar Monaten. Kann man in wenigen Wochen alles lernen, was ein tüchtiger Wähler wissen und können muß? Der Versuch muß gemacht werden. Die Zwischenzeit ist kostbar; es gilt, sie auszunutzen mit Fleiß und Geschick bis auf jede verfügbare Stunde.

Das sollten sich besonders die weiblichen Wähler gesagt sein lassen, die jetzt plötzlich mit dem Wahlrecht überhäuft worden sind. Die meisten deutschen Frauen und Jungfrauen haben sich bisher um die Politik wenig oder gar nicht bekümmert. Die meisten hielten ihre Kunst- und Tatkraft auf das gerichtet, was sie in ihrer bisherigen Berufstätigkeit zu besorgen hatten als Gattinnen, als Mütter, als Angestellte, als Arbeiterinnen. Das Familienleben und die Erwerbstätigkeit brachten Aufgaben, Sorgen und Mühe genug. Eine gewisse Fühlung mit dem öffentlichen Leben vermittelten nur die Ständevereine für Frauen und Jungfrauen; bei der erwerbstätigen Weiblichkeit auch die gewerkschaftliche Bewegung.

Der enge Rahmen wird nun gesprengt wie durch eine Explosion. Vom zwanzigjährigen Fräulein bis zur würdevollen Matrone werden sie jetzt mit einem Schlag vollberechtigte Staatsbürger und Wählerinnen, der Form nach gleichberechtigt mit den Männern, tatsächlich sogar ausschlaggebend.

Alles will gelernt sein, auch das Wählen. Also ist das Gebot der Stunde ein Schnellkursus in der Wahlkunst.

F. N.

Kaiser und Kriegsausbruch!

Der frühere Kriegsberichterstatter Professor Wegener hatte am Tage vor der Kieler Revolution eine dreiviertelstündige Unterredung mit dem deutschen Kaiser, in der dieser erklärte:

„Die ganze Politik der letzten Wochen vor dem Krieg haben Bethmann, Holweg und Jagow allein gemacht. Ich wußte überhaupt nichts mehr davon. Sie haben mich ja durchaus wider meinen Willen nach Norwegen geschickt. Ich wollte die Reise nicht machen, da die Spannung der Lage nach der Ermordung Franz Ferdinands auf der Hand lag. — aber der Reichstanzler sagte zu mir, Majestät müssen die Reise antreten, um den Frieden zu bewahren. Wenn Majestät hier bleiben, dann gibt es sicher Krieg, und die Welt wird zu. Majestät die Schuld daran zuschieben. Ja, und da bin ich denn gereift. Und während der ganzen Zeit habe ich von meiner Regierung keine Nachricht über die Vorgänge mehr erhalten. Ich erfuhr eigentlich nur aus norwegischen Zeitungen, was in der Welt geschah, so auch über den Fortgang der russischen Mobilisierungs-Vorbereitungen. Als ich dann aber das Auslaufen der englischen Flotte hörte, da bin ich auf eigene Faust zurückgekehrt. Meine hätte ich mich noch abgefangen. Auf meinen Befehl sind auch noch die deutschen Schiffe, die in norwegischen Häfen lagen, zurückgekommen. Später wäre das nicht mehr möglich gewesen.“

Gefordert und erzwingen hat den Krieg die russische Kriegspartei am Hofe. Die Vorbereitungen gingen ja schon bis in den Frühjahr 1914 zurück; schon seitdem wurden die sibirischen Regimenter etappenweise nach dem Westen gezogen. Man sprach ihnen selbst immer von Wandern. So kamen sie zuerst an die Wolga, dann weiter nach Westen, zuletzt waren sie in Wilna. Da erhielten sie plötzlich scharfe Patronen, und es wurde ihnen eröffnet, nun ginge es los. Tatsache ist ja auch, daß russische Truppen schon vor

der Kriegserklärung unsere Grenzen überschritten haben.“

Deutsche Vergeltungsmaßnahmen gegen die Tschechen.

Die tschecho-slowakische Regierung hat den deutschen Behörden alle Telegraphen-Verbindungen nach Wien gesperrt, während sie ihrerseits die über Deutschland führenden Leitungen zur Übermittlung ihrer Nachrichten nach wie vor ausgiebig benutzte.

Dies muß auf die Dauer zu unerträglichen Zuständen führen.

Der Rat der Volksbeauftragten wird sich mit der Frage beschäftigen, wie der tschecho-slowakischen Regierung das Unzulässige ihres Verfahrens durch Wieder Vergeltung zum Bewußtsein gebracht werden kann.

Zwischen Krieg und Frieden.

Hindenburgs Meinung.

Reichstagsabg. Justizrat Dr. Ablass berichtete in einer Rede folgendes über ein Gespräch mit Hindenburg: Hindenburg gab seiner Liebe zu Schlessen bedingten Ausdruck und sagte: Früher habe er in seinem Lande etwas gepoltert, heute sei das vorüber. Er habe aber das Empfinden, seine Pflicht getan zu haben. Im Osten habe er den Feind geschlagen, im Westen sei dieser ferngehalten vom deutschen Boden. Mehr habe er nicht tun können. Daß es anders gekommen sei, „wer weiß, wozu das gut ist“.

Die Räumungen im Osten eingeleitet.

Im Osten sind die Räumungen und Rücktransporte unserer Truppen im großen Maßstabe eingeleitet. Zunächst werden Ostland, Klein-Litauen, das ganze Gebiet östlich der Linie Molodetschno-Baranowitsch-Taurien und die Krim geräumt. Wegen der großen Entfernungen und den mangelhaften Bahnen dauert die Räumung längere Zeit.

Die ersten kleinen Transporte sind in Ostpreußen angekommen. Durch die Verhältnisse in Polen werden die Räumungen zwar erschwert, aber nicht verhindert. Die Heeresgruppe Wadens befindet sich mit ihrer Hauptmasse im Raume zwischen Siedez und Kronstadt. (Sie wird nach den letzten Meldungen interniert. Die Red.) Kleinere Transporte sind bereits in Bayern und in Schlessen angekommen.

Die Leitung der Funktionationen.

Zu der Meldung, daß sich die Funktionationen in den Händen der Unabhängigen befinden, wird amtlich erklärt, daß sich sämtliche deutsche Funktionationen unter der Kontrolle der Volksbeauftragten aller interessierten Reichsteile und des Reichspräsidenten befinden, so daß jeder Mißbrauch durch irgendeine Partei ausgeschlossen ist. Die Zentralleitung: Hindenburg, Hartmann.

Hierzu bemerkt das „Berl. Tageblatt“, daß die Leitung des Reichs Telegraphenbureaus (von dem das Dementi ausgeht) in den Händen der Unabhängigen Sozialdemokratie liegt.

Italien will Wien besetzen.

In Wien gehen Gerüchte, daß Italien beabsichtige, Wien zu besetzen. Ueber die Gründe hierzu erzählt die „Reichspost“ aus Ententequellen:

„Das Unternehmen Italien, entspringt nicht militärischen Bedenken, sondern politischen Notwendigkeiten, welche ausschließlich in den inneren Zuständen Italiens liegen. Es ist bekannt, daß die revolutionäre Bewegung in Italien Höchstspannung erreicht hat. Doch sie dauert trotzdem fort. Die Revolution in Italien ist unvermeidlich. Man rechnet mit dieser Tatsache in den Kabinetten von Paris und London. Die italienische Regierung glaubt aber, die drohende revolutionäre Ueberschwemmung noch ablenken zu können, wenn sie die revolutionäre durchgeführten Truppen noch längere Zeit außer Landes schafft, und dort den Erfolg friedlich genießen läßt. Bei den Verbündeten ist man hiervon nicht begeistert, bezweifelt sogar die Wichtigkeit des italienischen Vorgehens, wird aber Italien voranschreitend keine Hindernisse bereiten, wenn die Italiener darauf bestehen, daß sie in diesen politischen Besorgungen ein Rettungsmittel für Italien erblicken.“

Das Mittel, innerer Schwierigkeiten durch äußere Mittel Herr zu werden, hat Napoleon III. erfunden. Es hilft vielleicht für einige Zeit; der Zusammenbruch kommt aber dann um so sicherer.

Eine Gläubigkeitsleistung.

Die in Wien eingetroffenen Berichterstatter sind sicher und neutraler Länder werden seit einigen Tagen von hochvertraulichen Sozialisten durch die Wiener Arbeiterwelt geführt, um sich ein Bild von der herrschenden Hungersnot zu machen. Nach der Schilderung der Wiener „Arbeiterzeitung“ zeigten sie sich über das Elend, das sie zu sehen bekamen, ganz entsetzt.

Die Armee Marwitz erreicht Frankfurt.

Die Armee des Generals v. d. Marwitz überschritt Freitag den Rhein bei Mainz in fünf Heereskolumnen. Nachmittags erreichte die 1. Kolumne Frankfurt, wo ihnen ein begeisteter Empfang zuteil wurde. Die Truppen sind in ausgezeichnetster Verfassung und Stimmung.

Abrechnung mit den Schuldigen — aber keine Nachpolitik.

In einer neuerlichen Rede in London verbreitete sich Lloyd George über die Frage der Kriegsschädigung und war der Ansicht, daß Deutschland nicht die Lage verfehlt werden darf. England durch die Ueberschüttung mit billigen Waren zu schädigen. Die Personen, die die Gefangenen in so unmenschlicher Weise behandelt haben, müssen unbedingt zur Verantwortung gezogen werden. Lloyd George trat dann für die Einsetzung eines Obersten Gerichtshofes durch Großbritannien ein. Es müsse eine gerechte Unternehmung und definitive Abrechnung mit den Schuldigen erfolgen. Der Feind müsse vor allem für zwei Verbrechen bestraft werden, für die Märschieren seiner Tauchboote und die Verwüstungen anderer Länder. Trotzdem war Lloyd George der Ansicht, daß nach Beendigung des Krieges keine Nachpolitik getrieben werden dürfe.

Die Wahlordnung zur Nationalversammlung.

Die Wahlordnung zur konstituierenden Nationalversammlung bestimmt, daß auch Personen des Soldatenstandes berechtigt sind, an der Wahl teilzunehmen. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist erstens, wer unmündig ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, zweitens wer kraft rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt. Armenrechte und Konturs sind nicht mehr Gründe für den Verlust des Wahlrechts. Voraussetzung der Berechtigung zum Wählen ist einjährige Reichsangehörigkeit. Auf durchschnittlich 150,000 Einwohner, berechnet nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910, entfällt ein Abgeordneter. Ein Ueberschuß von mindestens 75,000 Einwohnern im Wahlbezirk wird den vollen 150,000 gleichgestellt.

Der Termin, bis zu dem Wählerlisten aufzustellen sind, ist noch nicht festgelegt. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens hundert Wahlberechtigten des Wahlkreises unterzeichnet sein. Sie dürfen nicht mehr Namen tragen, als Abgeordnete im Kreise zu wählen sind. Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend bis zu einem bestimmten Termin beim Wahlvorsteher angemeldet werden. Eine solche Verbindung kann nur gemeinsam zurückgenommen werden. Zur Prüfung der Wahlvorschläge und der Verbindung der Listen wird in jedem Wahlkreis ein Wahlausschuß aus einem Vorsitzenden und vier Mitgliedern gebildet.

Nach langem Zögern ist der Beschluß der vorläufigen Regierung erfolgt, nicht unter Förderung aller Mitglieder der Regierung, die aber doch wohl eingesehen hat, daß im Fall weiterer Verzögerung das Volk ungemüht werden könnte. Freilich ist der Termin der Nationalversammlung unnötig weit hinausgeschoben. Die angeblichen technischen Schwierigkeiten hätten sich bei gutem Willen leicht überwinden lassen. Um so mehr Zeit bleibt aber für die Wahlvorbereitung, und es liegt an den bürgerlichen Parteien, in Stadt und Land, diese Zeit auszunutzen, um sich in der Nationalversammlung den ihnen gebührenden Einfluß zu sichern.

Das Schulprogramm der Regierung.

Aus dem preussischen Kultusministerium verlanget über die Richtlinien der Arbeit der revolutionären Regierung das Nachstehende:

A. Allgemeines.

Die Trennung von Kirche und Staat ist grundsätzlich ausgesprochen.

Religion ist nicht mehr Prüfungsfach. Die Einführung eines konfessionslosen Moralunterrichts wird vorbereitet.

Die geistliche Disziplinarschlichtung ist aufzuheben. Die gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen in einzelnen Fällen schon jetzt erfolgt.

Lehrer und Schüler erhalten Selbstverwaltungsbefugnisse. Die Einheitschule ist gesichert. Mit dem Abbau der Ständeschule (Hochschule) wird sofort begonnen.

Das Rektorat wird seinen autoritären Charakter verlieren und in kollegialer Form ausgebaut.

Das Abiturientenexamen wird umgestaltet. Die Examina werden vermindert.

Das preussische Kultusministerium erhebt Anspruch auf einen Teil der beschlagnahmten königlichen Schlösser, zum Zweck der Volksbildung (Wanderzweckshäuser, Internate, höhere technische Lehranstalten, Museen, Volkshochschulen).

B. Lehrer.

Kein Lehrer darf mehr zur Erstellung von Religionsunterricht gezwungen werden.

Sofortige Beschaffung von Beschäftigung für die aus dem Felde zurückkehrenden Lehrer durch Verfeinerung der Massen.

Wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung Maßnahmen sind wieder einzuführen.

Die Lehrer senden Vertreter in die Regierung und in die Schulverwaltung.

Zu Kreisschulinspektoren sollen bewährte Lehrer auch ohne besondere Examina berufen werden.

C. Universitäten.

Hervorragende wissenschaftliche Vertreter des Sozialismus und anderer bisher systematisch ferngehaltener Richtungen sollen auf akademische Lehrstühle berufen werden. Das in großem Maße auszubauende Volkshochschulwesen wird in organische Beziehung zu Schule und Hochschule gesetzt.

Die akademische Lehrfreiheit wird von den letzten Fesseln befreit.

Lehrstühle und Forschungsinstitute für Soziologie werden eingerichtet.

D. Allgemeine Kulturbestrebungen.

Das Theaterwesen untersteht dem Kultusministerium. Eine Theatersensur besteht nicht mehr.

Für die aus dem Felde zurückkehrenden Beschäftigtenlosen Künstler und Schriftsteller wird Arbeitsgelegenheit und nötigenfalls Unterstützung bereitgestellt.

Das Ausstellungswesen wird im Verein mit den Organisationen der Künstler aller Richtungen neu geregelt.

Die ehemaligen königlichen Bühnen werden Nationaltheater, desgleichen die Hofkapellen Nationalorchester.

Keine Kriegsgefangenen eigenmächtig entlassen!

Wiesbaden haben sich in den letzten Tagen Kriegsgefangene aller Nationen eigenmächtig aus Gefangenenlagern und von Arbeitsstellen entfernt oder sind von örtlichen Stellen entlassen worden, um auf eigene Faust zu verstreuen, ihre Heimat zu erreichen. Sie sind dabei ohne genügende Bekleidung, Verpflegung und sonstige Mittel, entgegen völkerrechtlichen Vorschriften und den Vereinbarungen der Waffenstillstandskommissionen freigelassen worden. So sind sie sehr bald darauf angewiesen, sich Unterkunft und Verpflegung zu erlangen, und bilden infolgedessen eine große Gefahr dadurch, daß sie sich zu Banden zusammenroffen und womöglich rauben und plündern.

Einige von ihnen sind aber auch tatsächlich in ungenügend versorgten Zuständen in Feindesland angelangt. Sofort hat die englische Regierung gedroht, für den Fall, daß die Versorgung und Sammlung der Kriegsgefangenen nicht ordnungsmäßig vor sich gehe, unverzüglich mit dem Kriege wieder zu beginnen. Die Kriegsgefangenen müssen deshalb unter allen Umständen in den Lagern und auf den Arbeitsstellen so lange festgehalten werden, bis ihr Abtransport auf Anweisung der damit betrauten Dienststellen und im Einvernehmen mit den Heimatstaaten erfolgt. Er hat bereits begonnen. Alle Arbeiter, Soldaten, sowie alle Militär- und Zivilbehörden werden dringend gebeten, die Inspektion und deren Organe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in der Durchführung der hierzu notwendigen Maßnahmen zu unterstützen und nicht die Anordnungen der Inspektion zu durchkreuzen.

Der Beschluß der Soldatenräte.

Wahrscheinliche Wahlen.

Der Groß-Berliner Soldatenrat tagte am Sonntag erneut im Reichstagsgebäude um in erster Linie zur Frage der Nationalversammlung Stellung zu nehmen. Nach langer Geschäftsordnungsdebatte wurde zunächst eine Entschließung des bayerischen Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrates mitgeteilt, in der es heißt:

„Wir verlangen neben der Aufrechterhaltung des Volkswortes, daß alle Mitglieder des alten Systems aus dem Auswärtigen Amt sofort entfernt werden, weil die feindlichen Regierungen mit ihnen keinen Frieden schließen werden. Sollte man diese Bedingung nicht erfüllen, so ist das bayerische Volk gezwungen, von sich selbst aus zu handeln und Schritte zur Erreichung des Friedens für ganz Deutschland zu unternehmen.“

Zu dem Hauptthema

Nationalversammlung

meldeten sich sofort 17 Redner zu Wort. Davon erklärten sich 15 für die baldige Einberufung der Nationalversammlung, nur 2 dagegen.

Das Hauptreferat hielt Cohen (Neuß): Wir brauchen die Nationalversammlung, weil sonst die Einheit Deutschlands in die Brüche geht, weil wir leben und arbeiten wollen, weil wir zum Sozialismus kommen wollen, weil wir ehrliche und aufrichtige Demokraten sind, denen der Grundsatz der Gleichberechtigung so im Blute liegt, daß wir auch den politischen Gegnern

das politische Grundrecht der Selbstbestimmung und des gleichen Wahlrechts nicht entziehen wollen. Und schließlich, weil wir leider besiegt und von der Entente abhängig sind. Wenn Eisner erklärt habe, die Entente werde am liebsten mit einer radikalen Regierung Frieden schließen, so sei das Illusion, weil die siegreichen Länder imperialistisch seien und von der Bourgeoisie beherrscht würden. Die Entente zeige ganz deutlich, daß sie mit Arbeiter- und Soldatenräten nichts zu tun haben wolle.

Die Hoffnung auf Revolution bei der Entente sei unfundiert, denn bei einem siegreichen Volke sei noch keine Revolution gemacht worden.

Der Vorsitzende Sodschling sprach gegen die Einberufung der Nationalversammlung in nächster Zeit, da man sonst zu keinem Ausbau der Revolution kommen werde. Die Reaktion, die 1900 Jahre ihre Pflicht nicht getan, werde sie auch jetzt nicht tun. Man werde höchstens eine Demokratie nach französischem Muster erhalten; dafür habe aber das Volk nicht gekämpft und gebüht.

Der schwache Beifall, den dieser Redner fand, zeigte, daß die große Mehrheit der Versammlung für die baldige Einberufung der Nationalversammlung ist.

Das Ergebnis der Debatte war die einstimmige Annahme folgender Entschließung, auf die sich beide Richtungen geeinigt hatten:

„Die Soldatenräte Groß-Berlins sprechen sich aus für die Einberufung der Nationalversammlung, so schnell wie sie technisch möglich ist. Sie begrüßen den Entschluß der Regierung vom 29. November. Das dringendste Gebot der Stunde ist jedoch, bis zur Na-

tionalversammlung mit aller Kraft für die Durchbringung des Volkswortes und der bestehenden Institutionen mit dem Geiste der sozialistischen Revolution zu wirken.“

Foch der Diktator.

Ueber die politische und militärische Stellung des Generalissimus Foch sowie seine Absichten gegen Deutschland glaubt das „Berl. Tageblatt“ folgende Mitteilungen machen zu können, die den Tatsachen ziemlich nahe kommen dürften:

Durch den ursprünglichen Beschluß Englands und Amerikas sind die Waffenstillstands-Angelegenheiten in die Hände Fochs übergegangen. Seine Vollmachten geben ihm eine außerordentliche Machtbefugnis auch in politischer Beziehung, deren Bedeutung weder von England noch von Amerika ganz überblickt worden ist, als sie erteilt wurde. Foch den Oberbefehl zu nehmen oder zu beschränken, würde peinlich sein. Der Zustand ist so, daß praktisch das politische Verhalten der Verbündeten zu Deutschland von den französischen Militärs reguliert wird.

Von einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten werden folgende Vorteile erwartet: Auflösung der deutschen Armee durch Gefangennahme oder völlige Zerschlagung der Verbände, Niederbruch der wirtschaftlichen Organisation der entscheidenden Landesteile, daraus und aus der erweiterten Befehlsbefugnis die Möglichkeit, unter dem Vorwand von Kriegsschädigung große materielle Vorteile aus Deutschland zu ziehen durch eine von der Entente diktierte dauernde Abgabenorganisation aller Art. Ferner wird erwartet die politische Entwicklung der Entente in dem erweiterten besetzten Gebiet, entsprechende Rückwirkung auf das noch unbefetzte Gebiet und der Einzug in Berlin. In der weiteren Folge vor allem Sprengung jeder internationalen Solidarität, besonders der Arbeiter.

Ein Ultimatum Foch's.

Berlin 2. Dez. (Amtlich). Der Generalissimus hat gestern ein auf 24 Stunden befristetes Ultimatum an die Deutsche Regierung gestellt, in welchem er die Auslieferung der schwersten Lokomotiven verlangt.

Das Ultimatum ist heute morgen 10 Uhr abgelaufen.

Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger hat einen Vermittlungsvorschlag gemacht, dahingehend, daß an die Franzosen sämtliche in Reparatur befindliche Lokomotiven ausgeliefert werden, aber nicht vor dem 15. Februar.

Der Vermittlungsvorschlag ist zugleich mit der Bedingung verknüpft, das die Franzosen die von ihnen in Nordfrankreich und Belgien übernommenen Lokomotiven zahlenmäßig abgeben und einreichen.

Foch hat für heute eine Grenzsperrung über Elsaß-Lothringen einschließlich der preussischen Gebiete von Saarbrücken und Saarlouis verhängt.

Genf, 30. Nov. Das Pressebureau der französischen Kriegsminister hat folgende Mitteilung veröffentlicht: Die Befehle der Brückenköpfe auf dem rechten Rheinufer ist endgültig wie folgt geregelt. Die Belgier werden die Gegend von Düsseldorf besetzen von der holländischen Grenze bis zur englischen Zone, die die Gegend von Köln umfaßt mit den Hinterländern und der belgischen Grenze und dem Rhein. Die Amerikaner schließen südlich an die Engländer an. Sie besetzen Koblenz und das Hinterland bis zur luxemburgischen Grenze. Rechts von ihnen besetzen die Franzosen Mainz das Großherzogtum Luxemburg und die Pfalz.

Haag, 2. Dez. Die amerikanische Regierung hat, wie die „Times“ aus New York meldet, 32 ehemals deutsche Handelschiffe gemietet, die Nahrungsmittel nach Deutschland bringen werden. Die Versorgung wird aber nach einer Mitteilung Langfings im Senat, erst dann beginnen, nachdem in Deutschland die Wahlen für die Nationalversammlung stattgefunden haben.

Locales und Provinzielles.

Weissenheim, 3. Dez. In wenigen Tagen wird feindliche Befehlskraft in den Rheingau einrücken; da erscheint es angezeigt, heute schon darauf hinzuweisen, wie man sich dem Feinde gegenüber verhalten soll. Regel sei, dem Feinde mit feindlicher Feindschaft zu begegnen, wenn eine Begegnung nicht zu vermeiden ist, denn der fremde Soldat hat sich nicht aus freien Stücken in unser Nest gesetzt, sondern gehorcht seiner Pflicht. Keine unnötige Feindschaft, französische oder englische Broden an den Mann zu bringen. Durchaus falsch wäre die Auffassung, daß der Feind unser Gast sei. Wir haben ihn gewiß nicht eingeladen, und er würde unser Gebiet nicht verlassen, wenn wir ihn dazu aufforderten. Unser Gast ist er also nicht, und ihn zu empfangen wie man einen Gast empfängt, wäre nicht etwa Ritterlichkeit, sondern charakterlose Liebedienerei. Ein nachahmenswürdiges Beispiel bietet in dieser Hinsicht die Bevölkerung Frankreichs, deren Gebiet von uns besetzt war. Sie erging sich nicht, wie es in Belgien zuweilen geschah, in unflüchtigen Rundzügen oder ebenso verbrecherischen wie nutzlosen Gewalttätigkeiten gegen den übermächtigen Deutschen, aber sie vergaß keinen Augenblick, daß er der Feind war, und daß seine Anwesenheit auf französischem Boden eine Schmach bedeutete. Wenn die feindlichen Truppen einzogen, wäre es am würdevollsten, wenn die Einwohner, außer den Stellen, die amtlich mit den Feinden zu schaffen haben, davon gar keine Notiz nähmen. Das wird sich nicht erreichen lassen; die Macht der Neugierde ist zu groß. Wenn man nun schon zusehen muß, wie man es wenigstens schweigend, ohne laute Reue des Unmuts, die doch nichts bessern würde, aber auch ohne jede Ausbeutung eines freundschaftlichen Grußes. Es wird leider immer Fluchlöcher geben, die sich wundern wie erhaben und geistvoll danken, wenn sie „nationale Vorurteile“ beiseite setzen und dem Feind die Bruderhand entgegenstrecken; es wird unzweifel-

Bengel geben, denen die trübste Angelegenheit Stoff zu karnevalistischem Ergötzen liefern muß, es wird unter den frommen Dämonen geben, die sich an den Feind werten. Hoffen wir, daß derartige trübe Fälle, wenn sie schon nicht ganz und gar zu vermeiden sind, so doch in eine Ausnahme darstellen. Wer sich gegen die Ehre des deutschen Namens vergeht, darf gewiß sein, daß die öffentliche Meinung dafür ein vorzügliches Gedächtnis haben wird.

Seifenheim 3. Dez. Ueber den Termin, zu welchem die Befehlskraft unserer Truppen durch die Entente zu erwarten ist, erzählt das Wiesb. Tagbl. ungenügend, daß der Brückenkopf d. h. das Gelände die Höhe von Mainz bis zum 7. d. M. geräumt sein müsse.

Seifenheim, 3. Dez. Der Truppeneinsatz durch unsere Stadt von den Fronttruppen der Armee u. d. Worms dauert auch heute ununterbrochen an. Leider hat heute Morgen Regenwetter eingesetzt, daß wir unseren braven Soldaten, die so lange bei jeder Bitterkeit an der Front ausharren mußten, nicht wünschen. Alle Truppen sind mit Blumen reich geschmückt und in frohlicher Stimmung. Die seit 2 Tagen hier einquartierten Kavallerie- und Artillerietruppen sind hier heute früh verladen worden und für heute ist weitere größere Einquartierung angefragt worden. Die Truppen werden hier von der Bevölkerung gut aufgenommen und daß sie mit der Aufnahme zufrieden waren, konnte man allenthalben an den fröhlichen Gesichtern sehen. Das Aussehen der einzelnen Truppen ist gut, sie sind auch durchweg mit der Verpflegung zufrieden. Auch die Ernährungssituation, die von den hiesigen Damen in dankenswerter Weise am Vordienstag ins Leben gerufen worden ist, wird von unseren durchziehenden Feldgrauen gerne in Anspruch genommen.

KA Seifenheim 3. Dez. Schubwerk für die landwirtschaftliche Bevölkerung ist erst in kleinen Mengen in den Schubwarenhandlungen Feid. Ferns. Nidesheim und Wilhelm Philipp in Gießen eingetroffen. In den bekannt gegebenen Geschäften sind noch Mädchenkleider für jüngere Mädchen, Kleiderstoffe und Plüsch für erwachsene Mädchen und Frauen, ferner Strümpfe, Damen-, Mädchen-, Knaben- und Erfindungsgegenstände (Kommunikations-) für jedermann — auch für die wohlhabende Kreise — zu haben. Die Antragsteller können sich zur Ausstellung eines Verzeichnisses auf Kommunalware auch direkt an die Kriegsbeleidungsstelle wenden.

KA Seifenheim 3. Dez. Dem Vernehmen nach ist bei der Bevölkerung insbesondere auf dem Lande die Ansicht verbreitet, daß mit dem Eintritt der neuen Regierung die bisherigen Lebensmittelpreise außer Kraft getreten seien. Solch falsche Gerüchte können nicht entstehen, genug zurückgewiesen werden. Nur durch genaue Einhaltung und verschärfte Durchführung aller Vorschriften betreffend Abgabe von Nahrungsmitteln nur gegen Karten, Verteilungsscheine usw. kann einer Steigerung der Lebensmittelpreise in den wichtigsten Verbrauchsgebieten verhindert werden. Wenn die von der Entente in Aussicht gestellte Zufuhr von Lebensmitteln eintreffen und zur Verteilung kommen kann, und wie groß diese Mengen bemessen sein werden, steht noch in keiner Weise fest. Nur die volle Aufrechterhaltung unseres Ernährungssystems und die genaueste Beachtung der erlassenen Vorschriften kann das deutsche Volk vor der Hungersnot bewahren. Um die Ernährung des deutschen Volkes zu sichern, hat sich auch die Reichsgetreidestelle mit ihrer gesamten Organisation der neuen Regierung zur Verfügung gestellt. Auch das Landesgetreideamt besteht fort und arbeitet. Nur ein Weiterarbeiten in der Brotversorgung in der bisherigen Weise kann einen Zusammenbruch der Volksernährung und einen Ausbruch von Hungersnot und Anarchie verhindern. Getreideerfassung und Verteilung dürfen als die Grundlage unserer gesamten Brotversorgung nicht gestört werden. Die Reichsleitung hat auch bereits angesichts einzelner Vorkommnisse im Reich unbefugte Eingriffe in die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel auf strengste untersagt. Die örtlichen Stellen, insbesondere auch die Arbeiter- und Soldatenräte, sind nicht befugt, über Bestände der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände zu verfügen oder irgend welche Anweisungen der Reichsgetreidestelle, des Landesgetreideamts und der Kommunalverbände über Erfassung und Verbrauch aufzuheben oder zu verändern. Die Anordnungen des Reichsgetreideamts, bleiben somit im vollen Umfang ebenso in Kraft, wie die Reichsgetreideordnung usw. und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen. Nur Ordnung und Arbeit auf allen Wirtschaftsgebieten, besonders auf den der Volksernährung kann die Chaos verhüten.

KA Schaffl Arbeit für die Handwerker! Die Demobilisierung hat begonnen, unsere Feldgrauen kehren in die Heimat zurück. Alles kommt jetzt darauf an, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu reicher Arbeit zu schaffen, denn Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr von Hungersnot und Ausschreitungen. Schon sind Staat und Gemeinden am Werke, für die fortfallenden Heeresaufträge durch Zuzugnahme größerer Arbeiten und Erstellung mannigfaltiger Aufträge Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zu bieten. Damit geschieht aber nicht genug; auch für den Handwerker, der an diesen öffentlichen Arbeiten keinen Anteil gewinnt, muß gesorgt werden.

Deswegen ergeht außer an die öffentlichen Betriebe, auch an jeden Privatbetrieb und Privathaushalt der Ruf: Denkt an die Handwerker, die aus dem Felde oder aus dem Hilfsdienst heimkehren und jetzt wieder Arbeit und Brot haben wollen und haben müssen. In jedem Betriebe und Haushalte werden Arbeiten oder Aufschaffungen vorzunehmen sein, die während des Krieges zurückgestellt waren, wird es Änderungen und Verbesserungen geben, die schon länger hätten ausgeführt sein sollen. Jetzt ist die rechte Zeit, sie in Auftrag zu geben. Damit für den einzelnen verbundene kleine Geldopfer müssen gebracht werden. Verlasse sich niemand darauf, daß vielleicht in wenigen Wochen die Preise niedriger sein werden.

Wenden unsere Handwerker und Geschäftsleute jetzt ohne Verdienst, so können daraus Zustände entstehen, die der Gesamtheit und jedem einzelnen viel teurer zu stehen kommen.

Wanderer nicht in die Großstädte. In einzelnen Gegenden macht sich eine Abwanderung weiblichen Dienstpersonals nach den mittleren und größeren Städten bemerkbar, in der Annahme, daß dort geeignete Stellen vorhanden sein werden. Die Annahme ist durchaus falsch. Mit der Einschränkung der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben steht auch in anderen Betrieben eine große Zahl von weiblichen Hilfskräften frei, die den Bedarf an Hausangestellten reichlich decken. Es kann deshalb nur aus dringenden Gründen werden, daß die bisher auf dem Lande oder in den kleineren Städten in Stellung gewesenen Mädchen dort auch verbleiben, da sie in den Großstädten nicht auf Unterkunft zu rechnen haben würden. Mit der Ernährung steht es auch nicht allzu rosig aus. Mancher „Eingewanderte“ würde sich bald nach den heimatischen Fleischpreisen sehnen.

Die Einschränkungen im Eisenbahnverkehr haben nicht den großen Umfang angenommen, wie dies zuerst den Anschein hatte. Es verkehren auf fast allen Strecken mehrere Züge am Tage. Die Durchführung der Kohlen- und Kehlentransporte ist trotz der Überlastung der Eisenbahn mit Militärzügen ohne Schwierigkeiten ermöglicht worden.

Portofreiheit der Arbeitsnachweise. Postsendungen, die von öffentlichen Arbeitsnachweisen zur Unterbringung von Heeresangehörigen, bisherigen Hilfsdienstpflichtigen und auch von weiblichen Arbeitskräften abgesandt werden oder sonst Angelegenheiten der Demobilisierung betreffen, sind unter dem Vermerk „Heeresfache“ für die Dauer der Demobilisierung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften portofrei.

Der Weihnachtspostverkehr. Vom 18. bis einschließlich 24. Dezember treten im Postverkehrsverkehr einige notwendige Einschränkungen ein. Pakete mit Wertangabe bis zu 100 Mark und über 100 Mark werden nur dann von Privatpersonen zur Beförderung angenommen, wenn sie, abgesehen von den Mitteilungen über den Inhalt ausschließlich bares Geld, Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt werden ausgeschlossen. Für die gleichen Tage werden dringende Pakete, wie auch Geldbestellungen von gewöhnlichen Paketen nicht angenommen. Die Geldbestellungen, die vor dem 16. Dezember angenommen worden sind, werden auch nach diesem Tage als solche behandelt. Bei den gegenwärtigen schwierigen Verkehrsverhältnissen ist zur Sicherung der pünktlichen Zustellung und zur Vermeidung von Störungen im Postverkehr die frühzeitige Anlieferung der Weihnachtsgeschenke besonders notwendig.

Vom heutigen Nachrichtenamt des Arbeiter- und Soldatenrates geht uns folgende Nachricht zu:

Frankfurt 2. Dez. Alle Nachrichten über Maßnahmen unserer Feinde im besetzten Gebiet, wie zum Beispiel Internierungen und andere Maßnahmen, über sonstiges Verhalten der Waffenstillstandsbedingungen usw. sind nur mit größtem Mißtrauen aufzunehmen, wenn sie nicht amtlich veröffentlicht werden oder vom Generalkommando bestätigt sind.

Der Arbeiter- und Soldatenrat

Biebrich, 2. Dez. Gegen 1/12 Uhr am Abend des 29. v. M. hat sich in Biebrich ein junger Handlungsgehilfe aus Wiesbaden vor den Augen seiner Frau, welche unschuldig war, die Ausführung seiner Absicht zu verhindern in den Rhein gestürzt und ist in den Wellen verschwunden. Einem von ihm hinterlassenen Brief gemäß wurde ihm im Geschäft etwas nachgeschickt, das er nicht auf sich sitzen lassen konnte, deshalb ist er in den Tod gegangen.

Wiesbaden 3. Dez. Die erste und schwere Zeit fordert allseitig rege und zügelte Arbeit, denn es steht eben alles auf dem Spiele. Jeder Bürger des Reichs muß mitarbeiten, also auch jeder Handwerker und Gewerbetreibende. Erstes Ziel dieser gemeinsamen Arbeit muß sein: Ruhe und Ordnung im Reich zu erhalten und zu festigen, damit der Abschluß des Friedens nicht gefährdet wird. Die gemeinsame Arbeit mit den berufenen Stellen an diesem Ziele fordern wir von jedem einzelnen Handwerker und Gewerbetreibenden, von den Innungen und Gewerbevereinen, den Handwerkskammern und Kreisverbänden, den Gewerkschaften und allen Korporationen. Erst wenn durch diese Mitarbeit der Frieden erreicht ist, dann können und werden wir mit stärkerem Recht und günstigeren Aussichten unsere wirtschaftlichen Forderungen erheben, besonders diejenige auf Erhaltung und Sicherung der jetzt bedrohten wirtschaftlichen Selbstständigkeit. Die Einzelwirtschaft darf nicht von der Gemeinwirtschaft verdrängt werden. Folge deshalb jeder dem eiserne Gebot der Stunde und arbeite mit durch Einstellung der Heimkehrenden in die Betriebe, durch ihre Beratung und Unterstützung, durch Mitarbeit in den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten, in den Demobilisierungsausschüssen und anderen Einrichtungen der Übergangswirtschaft. Im Handwerk und Gewerbe steckt viel Intelligenz und Kraft. Nütze sie zum Heil unseres Vaterlandes und zu eurem eignen Heil. Unserer Unterstützung dürft ihr sicher sein.

Die Handwerkskammer für den Reg.-Bez. Wiesbaden. Der Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau.

Vom Rhein, 1. Dez. Die zahlreichen Pontonbrücken, die wegen des Rückzugs der Armee über den Rhein geschlagen sind, haben den Kohlentransport zu Schiff nach dem Mittelrheingebiet fast völlig gelähmt. Infolgedessen ist überall ein sehr empfindlicher Kohlenmangel eingetreten, daß nahezu alle Gaswerke ihre Leistungen herabmindern oder ihren Betrieb ganz einstellen mußten. Auch nach Aufhebung der Brückenhindernisse ist an eine bessere Kohlenzufuhr nicht zu denken, da der Wasserstand des Rheines so ungewöhnlich niedrig ist, daß an eine regelmäßige Schiffsahrt garnicht mehr gedacht werden kann. Bei Mainz zeigt der Pegel 0,10 Meter unter Null, ein seit 20 Jahren nicht beobachteter Tiefstand.

Mainz, 2. Dez. Am Mittwoch trifft die Uebernahmeordnung in Mainz ein. General v. d. Marwitz wird nach Bad Nauheim übersiedeln.

Spredlingen, 1. Dez. Hin und wieder kommen einige Weinverkäufe zustande, die aber auf den sonstigen Weinverkauf keinen Einfluß haben. Die Preise sind wesentlich anders als sie bei anderen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen gewesen wären. Der Geschäftsgang zeigt nicht die geringste Anregung. Bei einzelnen

Abschlüssen wurden für die 1200 Liter 1918er hier und im Bezirk 2200—2400 M., Eichlach 2300 M., Scheinheim 2400—2550 M., Weinheim 2550 M., Albig 2150 M., Framersheim 2500 M., Albig 2300—2400 M., Josheim, Weichtelsheim, Spiesheim, Gau-Obersheim 2500 M. angelegt.

Aus aller Welt.

Nicht Arbeiter vom Zuge totesfahren. Eine Kette von zehn Arbeitern war an der Bahnstraße von Berlin nach Baumschulenweg mit Gleisarbeiten beschäftigt. Da fuhr ein vom Westlicher Bahnhof kommender Zug in die Arbeiterschar hinein und tödete acht von ihnen auf der Stelle. Zwei kamen mit dem Leben davon, einer von ihnen erlitt einen Kervenschuß. Der Kettensführer hatte zur rechten Zeit das Warnungssignal für einen Zug nach der Richtung Westlicher Bahnhof gegeben. Die Arbeiter traten dann auch auf das Nebengleis, übersehen aber, da der Rauch der Lokomotive sich niederlag, das Herannahen des Zuges vom Westlicher Bahnhof in der Richtung nach Grünau. Im selben Augenblick fuhr der Zug in die Arbeiter hinein.

Holzkneipagen für die Kierste. Das städtische Fuhramt in Potsdam hat für den Fuhrdienst die Kierste und Pferde von der bisherigen Marktschulverwaltung angefordert, um sie den Kiersten gegen ein noch festzusetzendes Entgelt zur Verfügung zu stellen. Die Kierstin hatte die Holzkneipagen und Pferde dem A. und S. Mat überlassen.

Stadtvorordnetenprüfung in Friedberg. In dem schlesischen Städtchen Friedberg veröffentlichten im „Quellstaler Boten“ einige Bürger einen Aufruf zur Stadtvorordnetenwahl mit der Begründung: „Bürger, wählt Männer, die die Interessen der Stadt wahren und was leisten, lesen, schreiben und auch einen Brief verfassen können.“ Auf die bisherigen Stadtvorordneten wirft diese Begründung ein wenig günstiges Licht.

Reinigungsaktion in Neustadt. Der Aufforderung, die heimkehrenden Truppen durch Fahnenwäscher zu empfangen, ist u. a. auch die Große Berliner Straßenbahn nachgekommen. Die Wagen verkehren mit dem schwarz-weiß-roten und schwarz-weißen Wappen. In Neustadt hat dies angeblich den Willen der Arbeiter- und Soldaten-Rates erregt. In der Gasse der Hakenheide und Wismannstraße sowie an der Stadtgrenze standen verschiedene Soldaten mit Gewehr, die die Straßenbahn anhielten. Sie holten die Fahnen herunter und rissen die Flaggen ab, die sie dann in die Straßenbahnwagen hineinwarfen. Vereinzelt wurde die rote Fahne an ihre Stelle gesetzt. Neustädter Einwohner, die Fahnen mit den deutschen oder preussischen Fahnen herausgeholt hatten, wurden in einigen Straßen von den Soldaten gezwungen, sie wieder einzulegen. — Der Fahnenwäscher ist zur Begrüßung der heimkehrenden Truppen bestimmt.

Die Frau erschossen. In Magdeburg hat der aus dem Felde zurückgekehrte Frauwagenfahrer Wilhelm Kienigsmüller in dem Laden seines Bruders Halberstädter Straße 79a seine Ehefrau, mit der er in Scheidung liegt, und die bei dem Bruder Wirtschaftlerin war, mit einem Dolch erschossen.

„Schülerräte.“ In München wird erzählt, daß bereits an einem Gymnasium sich ein „Schülerrat“ gebildet habe. An amtliche Stellen sollen bereits Eingaben von Schülern gelangt sein, worin Aufhebung des Religionsunterrichtes, Erklärung zum Wahlsch, Befreiung der Verpflichtung zum Besuch des Sonntags- und Feiertagsunterrichtes usw. verlangt wird. Soweit also wären wir schon!

Gegen die Plünderer und Mordende. Die seit 14 Tagen das westliche Industriegebiet, insbesondere an den Hauptverkehrsstraßen, heimsuchende, geht der Hammer Arbeiter- und Soldatenrat sehr energisch vor. Er hat einen umfangreichen Sicherheitsrat mit eingerichtet und bereits zahlreiche Plünderer festgenommen. In einem Tage wurden neun halbwüchsige Burschen, davon sechs aus Dortmund und Essen verhaftet. Ein Schwindler fuhr in Uniform nach Duisburg, etablierte dort einen wilden Soldatenrat, beschlagnahmte Waren und brachte den Raub in einem erschwindelten Auto nach Hamm. Hier wurde er abgefangen. In Münster wurden aus dem Gefängnis 6000 Mäntel und 2000 Paar Schuhe gestohlen.

Vom Geschäft gefallen und tödlich verunglückt. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich zu Neuenhage. Der 8 Jahre alte Schüler Hellmut Kluge aus Ostringhausen war mit den durchziehenden Truppen gezogen und sah auf einem Geschäft: plötzlich stürzte er ab, brach das Genick und starb kurz darauf.

Bei dem Explosionsunfall in Hamont sind, wie jetzt feststeht, etwa 120 Personen umgekommen. Mehrere der Verletzten starben noch in Hamont, Vudde und Weert, wo man sie untergebracht hatte, und 13 in dem nach M. Gladbach überführten Lazarettzug. Von den Kette-Kreuz-Schwefeln sollen nur zwei umgekommen sein. Die meisten Infassen des verbrannten Auges haben ihre Kleidungsstücke bis auf die Nachbeseidung eingebüßt. Ueber die Ursache der Katastrophe ist noch nichts Bestimmtes festgestellt.

Ein Offizier als Plünderer. Der Leutnant Helmreich vom Friedberger Offiziersgefangenenlager wurde in einer der letzten Nächte bei einem Einbruch in das Konfektionsgeschäft von Heinrich Drebes überrascht und festgenommen. Der Leutnant hatte seinen Raub schon in Sicherheit gebracht, aber seinen Mantel am Latort liegen lassen. Als er diesen bei einem zweiten Einbruch in das Geschäft holen wollte, fiel er der Polizei in die Hände.

Opfer des Eises. Kaum stellt sich der erste Frost ein, so pflegt auch das Betreten des Eises seine Opfer unter der Jugend zu fordern. Auf dem Städt. Brück bei Wilsen ist der neun Jahre alte Knabe Ernst Wöbde eingebrochen und ertrunken.

Die Kaiserin Karl lebt. Kaiserin Karl will auf Schloss Eckartsau. Er ist sehr viel im Kreise seiner Familie und möchte, so lange das Wetter günstig war, mit seinen Kindern häufig Spaziergänge in den Wäldern in der Umgebung des Schlosses, das von Gendarmen bewacht ist. Kaiserin Karl ist der Kaiserin die Jagungen mit großem Interesse. Der Haushalt ist jetzt verhältnismäßig bescheiden. Das Leben auf dem stillen Schloss verläuft recht einösig. Die Kaiserin muß allerdings auf manches verzichten, das ihr früher auf einen Wint zur Verfügung stand. Aus den Vorräten in der Hofburg und Schönbrunn kann nicht alles beschafft werden, was gebraucht wird, so mußte zum Beispiel der Kaiser mehrere Tage —

nicht nicht tragt — auf seine gewohnte Flasche dunkles Bier verzichten. — Durch den Einbruch des Winters und den Schneefall sind die Verkehrsverhältnisse nach Eckartsau sehr leicht geworden. Die Familie des Kaisers ist jetzt ganz auf den Aufenthalt im Schloss angewiesen. Kaiserin Karl, der früher ein sehr unruhiges Leben führte und oft fortwährend auf Reisen war, führt jetzt in Eckartsau das Leben eines Gefangenen.

Der Tod des Sir Hermann Weber. Aus London wird der Tod eines der bekanntesten Deutschengländer, des Sir Hermann Weber, gemeldet. Er erreichte ein Alter von 94 Jahren und war längst als englischer Staatsbürger naturalisiert. Die Ritterwürde mit dem Titel „Sir“ hatte er 1899 erhalten. Er war der letzte Lord des Vondone „Deutschen Hospitals“ und Mitglied vieler medizinischer Gesellschaften. Sein besonderes Gebiet war die Lehre von der Verlängerung des menschlichen Lebens durch vernünftige Lebensweise, einfache Kost, körperliche Bewegung, Spaziergehen, und sein hohes Alter beweist, daß seine Lehre sich an ihm selbst bewährte.

Der im Essen bescheidene Deutsche. Was ist im Krieg, wenn wir den Leidenden wieder einmal enger anhalten mußten, immer gepredigt worden, wir seien im Vergleich zu anderen Nationen zu starke Esser und Trinker und da ruhig etwas einschränken. Das ist aber nicht wahr. In einer im Ministerium des Innern abgehaltenen Konferenz von Staats- und Verwaltungsbeamten, Ärzten usw. behandelte der bekannte Ernährungsspezialist Geheimrat Wabner die Ernährungsfrage und führte darüber aus:

Man hat früher gesagt, die Deutschen hätten stets zu viel gegessen — eine recht oberflächliche, durch nichts bewiesene Behauptung. Der Deutsche ist als Esser eher immer bescheiden gewesen; Engländer und Amerikaner z. B. haben stets viel mehr Eiweiß gegessen. Allerdings sind wir körperlich so stark herangefahren, daß wir, nach Wabner, das Deutsche dessen brauchen, was wir eingeatmet haben. Dazu wären 1.000.000 Tonnen Fleisch erforderlich, was mehr als alle Willkuren Menschen entspräche. Bei einer solchen Menge könnten wir in etwa sechs Monaten wieder „aufgefressen“ sein. Einen Teil des Fleisches durch Brot zu ersetzen, wäre verfehlt, weil Brot nicht genau Eiweiß enthält. Ob sich dabei alle gesundheitslichen Bedürfnisse befriedigen lassen werden, wie das vorzeitige Altern, die Ausbreitung der Tuberkulose, mag dahingestellt bleiben. Wichtig wäre allerdings, wenn die Frauen sich in Zukunft wieder mehr um die Küche kümmern würden.

Die Wiederaufrichtung des Handwerks ist eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Zeit, freilich eine Aufgabe, der sich die Faktoren der Neuorientierung nicht gerade mit besonderem Eifer widmen werden. Das Handwerk bildet den Kern des städtischen Mittelstandes und bildet das einzige Glied, in der die technische Produktion unmittelbar, also ohne überflüssige Zwischenglieder an das Publikum, an die Verbraucher, heranzutreten kann. Das Handwerk war nie auf Kosten gebettet, und im Krieges ging es ihm besonders leicht. Diejenigen, die nicht Kriegsaufträge zu erhalten vermochten, wurden eingelesen und mußten zum großen Teil ihre Geschäfte schließen. Jetzt stehen diese Reize zurück. Doheln wartet ihre Rettung durch die Einberufung zerstörte Geflügel, deren Rettung die Frau vielleicht tapfer, aber ohne hinreichende Sachkunde längere Zeit versucht hat, bis sie endlich die Plinte ins Korn werfen mußte, da es doch nichts half. Mit neuen Rezepten, aber mit weniger Kapital und unter vermehrter Konkurrenz geht der Meister wieder an die Arbeit heran, belastet noch mit der Aufforderung, alle früheren Wehnen wieder einzuführen, einzeln ab Arbeit ist, oder nicht! Bährwahr, eine fast unüberwindliche Aufgabe! Aber sie muß gelöst werden. Und sie wird auch gelöst werden, wenn der Meister das nötige Selbstvertrauen nicht verliert, kräftig zugreift und die nötigen Mittel zum Erfolg nicht verfehlt. Alle Leute seiner alten Geschäfte und Hilfsorganisation, die „Drohde zum Kunden“ hinüber sind zerfallen. Da muß er sehen, sie durch effiziente Propaganda wieder anzuknüpfen: durch persönliches Vorprechen — leider sehr zeitraubend, daher besser vorbereiten durch entsprechende Aufführungen in Rundschreiben, wie sie der Buchdrucker schnell entwirft und druckt. Diese Geschäftsankündigung muß den ersten Anknüpfen bilden.

Halbt Klebekarten in Ordnung.

Eine Mahnung an heimkehrende Krieger.

Wer aus dem Felde heimkehrt und wieder in Arbeit tritt, muß sich zunächst um seine letzte Karte kümmern.

Hat er sie nicht selber in Händen, so gibt es vier Möglichkeiten:

1. Sie ist eingeliefert worden: dann besam der Einlieferer eine Bescheinigung; ist diese verloren gegangen, so muß bei der Einlieferungsstelle Neuanmeldung beantragt werden. Dann wird dem Soldaten die nächste höhere benutzte Kultivationskarte ausgeteilt.

2. Hat die Karte noch der letzte Arbeitgeber, so muß zunächst festgestellt werden, daß für jede eingetragene Arbeitsstelle auch die Karten gestellt sind; dies kann auch nachträglich in Ordnung gebracht werden, nötigenfalls mit Hilfe der Gemeindebehörde, die zu Auskünften verpflichtet ist.

3. Ist die Karte verloren gegangen, dann muß man (so drückt es, damit die dort gelassenen Karten angerechnet werden) „Erneuerung der verlorenen Kultivationskarte“ verlangen.

4. Ist die Karte zu Hause, so achte man darauf, daß sie zwei Jahre nach dem Ausstellungsdatum umgetauscht wird, was spätestens nach Entlassung vom Militär, also jetzt sofort geschehen muß. Beim Umtausch werden Militärdienstzeit (Machweis darüber mitbringen) derart angerechnet, daß jede volle Militärmache einer 26-Pfennig-Karte gleich gerechnet wird (2. Lohnklasse) Krankheitszeiten und Zeiten der Genesung (Machweis beibringen) werden bis zu einem Jahr voll angerechnet (2. Lohnklasse).

Bei Abgabe der Karten ist auch nachzusehen, ob die Karten jeweils in der richtigen Höhe gestellt sind; die Gemeindebehörde erteilt Auskunft und besorgt auf Antrag nachträgliche Abstellung; auch für Arbeit während der Militärzeit (Machweis, Abkommandierung) müssen Karten gestellt werden. Für die umgetauschten Karten erhält der Einlieferer Aufrechnungsbefreiungen, die vollständig aufzubewahren sind; im Verlustfall stellt die Gemeindebehörde neue aus.

In allen Zweifelsfällen wende man sich an seine Gemeindebehörde um Auskunft; bedenke aber, daß die Beamten gerade jetzt bei der Neuordnung vieler Verhältnisse recht überlastet sind und befehlige sich, was auch von den Beamten vorausgesetzt wird, größter Freundlichkeit.

Scherz und Ernst.

„**Das Rebhuhn**, dieses vom Gesichtspunkte der friedensmäßig besetzten Tafel so nützliche Tier, soll jetzt nach der Behauptung von Jägern auch sonst sehr nützlich sein, ein „Freund des Landwirts“. Man sagt ihm noch, es vertilge sehr wenig Getreidefrüchte; nur bei einem Drittel einer sehr großen Zahl von Gähnern wären solche Früchte gefunden worden. Dafür aber lebten sie von Unkrautsmereien und, besonders die Jungen, von schädlichen Insekten. — Wünschen wir also dem kleinen Tierchen eine recht fröhliche Verbreitung.“

„**Der letzte Feldgrüne in Straßburg**. Eine Mitteilung des 78. hantwärtigen Regiments war die letzte Soldatengruppe, die Straßburg verließ. Einer der Soldaten schreibt über den Abschied: „Trübe Erinnerungen haben wir vom Durchmarsch durch Belgien und Elsass-Rothringen mitgebracht. Schwere und harte Märsche waren es. Überall hatten wir es mit einer feindlich gesinnten Bevölkerung zu tun. Und als wir schließlich als die letzten der deutschen Truppen in Straßburg eintrafen, da fanden wir dort eine Bevölkerung vor, die dem hart auf dem Fuße folgenden Feinde juchzend entgegenwühlte. Heißlich geschmückt sah man Straßburg in den feindlichen Landesfarben, für unsere wackeren Deutschen hatte man nichts mehr übrig. Tieftraurigen Herzens wendeten wir Straßburg den Rücken und marschierten stolz erhabenen Hauptes als Unbesiegte über die Rheinbrücke bei Kehl. Und als wir das andere Rheinufer erreichten, da empfing uns warme treue deutsche Liebe. Geradezu rührend war der Empfang, der uns, den letzten dort über den Rhein

marschierenden Truppen, bereitet wurde. Trüben auf der Straßburger Seite standen schon die Franzosen und beobachteten durch Ferngläser die uns auf dem rechten Rheinufer zuteil werdende herrliche Aufnahme. Man sah einer von uns hat Freudenstränen vergossen ob dieser zu Herzen gehenden Kundgebungen und der fürsorglichen liebevollen Anteilnahme an unserem Geschick. Wir wurden wieder andere Menschen, die gedrückte Stimmung war im Augenblick versloren. Wir fühlten uns wieder daheim unter wahren deutschen Brüdern und Schwestern.“

„**Der Einfluß des Krieges auf Geburten und Sterbefälle**. Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik, die mit der Wirkung des Krieges in irgendeinem Zusammenhang stehen, haben bisher infolge der Zensur nicht veröffentlicht werden dürfen. Mit der Aufhebung der Zensur werden nun solche Zahlen auch öffentlich bekannt werden können. So veröffentlicht jetzt der „Vorwärts“ eine Uebersicht über die Geburten und Sterbefälle in Berlin bis zum Jahre 1917, der wir folgende Angaben entnehmen:

In Berlin belief sich die Zahl der Geborenen für 1913 auf 43 493 (davon tot 1600) und für 1914 auf 39 052 (tot 1559). Für 1915, wo im Mai (neun Monate nach dem Kriegsausbruch und der Heereinschließung) der außerordentliche Geburtenrückgang einsetzte, war der Ertrag des ganzen Jahres 33 249 Geborene (tot 1256). Das Jahr 1916, das erste, dessen Geburtenzahl vollständig unter dem hemmenden Einfluß des Krieges stand, brachte nur 23 638 Geborene (tot 931). Der Ertrag aus 1917 stellte sich nach weiterem Rückgang auf nur 19 458 Geborene (tot 799). Der Rückgang war so stark, daß für 1917 nicht mehr halb so viel Geburten wie für 1913 gebucht werden konnten.

„**Die neue Reichsbanknote schwarz-rot-gold** macht der alten schwarz-weiß-roten Fahne in der Praxis keine große Konkurrenz. Nur sie und da sah man bei dem Einzuge der deutschen Truppen die neue Fahne. Und da war gleich zu erkennen, daß sie nicht von Dauer sein wird, weil sie zu — unpraktisch ist. Sie stellt nämlich eine chemische Aufgabe, deren Lösung für den allgemeinen Gebrauch unmöglich, weil zu teuer, ist. Was ist „Gold“? Keine Farbe, sondern eine Farbendeutung auf dem Umwege über einen Träger einer besonderen Farbensubstanz. Mit einem einfachen Farbstoff als Färbung läßt sich „Gold“ nicht herstellen, es muß durch Auftragung von farbigen Stoffen geschehen, die den Stoff nicht färben, sondern bedecken. Das, was als „Gold“ vorgeführt wurde, war mehr oder minder seltsames Gelb, das von Witterungseinflüssen schnell unansehnlich und bald des neuen Reiches unwürdig sein muß. Schwarz-rot-gold aber würde etwas ganz anderes sein, als jene, die da 1848 die Fahne „Gold“ als Sinnbild der Treue einfügten, es sich gedacht haben. Die Nationalversammlung wird natürlich dazu zu brechen haben.“

„**Die Potsdamer historischen Schlösser und ihre zukünftige Verwendung** beschäftigte den dortigen „V. und S. Rat“. Es wurde beschlossen, daß alle bisherigen Sehenswürdigkeiten in Potsdam aufrecht erhalten und demnach auch die der Verjüngung sehr zugunsten Schloßgemäuer weiter erhalten werden sollen, um den Fremdenverkehr Potsdams in keiner Weise zu vermindern. Dagegen werden die bisherigen Wohnräume der Schlösser und die Wirtschaftsgebäude zu öffentlichen Zwecken und für die Wohnungsfürsorge in Anspruch genommen.“

Bekanntmachung.

An sämtliche entlassenen rekrutierten oder sonst zurückgestellten Heeresangehörige!

Nach eingegangenen Mitteilungen soll der Feind Entlassungsbefehlsentwürfen, in denen nicht ausdrücklich angegeben ist: „aus dem Heeresdienst entlassen“, nicht anerkennen. Auf dem Kreismeldeamt (bisher Bezirkskommando) Wiesbaden, Vertramstraße 3, werden derartige Befehlsentwürfe ausgestellt.

Das unterzeichnete Bürgermeistereiamt wird einen Boten nach dem Kreismeldeamt schicken, der alle bis Mittwoch, den 4. 12. 18, mittags 12 Uhr hier eingereichten Soldbücher und Ausweise von Offizieren, Militärs, Landsturmscheine und sonstige Militärpapiere von Unteroffizieren und Mannschaften gesammelt dem Kreismeldeamt zur vorchriftsmäßigen Abstempelung vorlegen wird.

Es wird gebeten, zur schnelleren Erledigung unter dem letzten Eintrag des betr. Papiers selbst mit Tinte und möglichst in lateinischer Schrift zu vermerken: Aus dem Heeresdienst entlassen.

Kreismeldeamt Wiesbaden, den 3. Dez. 1918, sodas dann nur noch der Stempel darunter gedruckt zu werden braucht.

Geisenheim, den 3. Dezember 1918.

Das Bürgermeistereiamt.
Dr. Schneider.

Bekanntmachung.

Von den hier durchmarschierenden oder mit der Bahn zur Verladung kommenden Truppen werden gelegentlich marschunfähige Pferde und überzählige Fahrzeuge zurückgelassen. Diese sind der Gemeinde übergeben. Jede Entfernung von ihrem Standort ist daher unzulässig, die Anzeige würde Strafverfolgung wegen Diebstahls oder Unterschlagung nach sich ziehen. Es ist besonders darauf hingewiesen, daß auch die Truppen nicht zur Veräußerung von Pferden und Fahrzeugen berechtigt sind und ausdrücklich davor gewarnt, sich durch gegenseitige Ausrüstungen der Truppen oder einzelner Angehöriger derselben zu strafbaren Handlungen verleiten zu lassen.

Es wird gebeten, dem Bürgermeistereiamt stets sofort Mitteilung zu machen, wenn in einem Grundstücke ein Pferd oder ein Fahrzeug zurückgelassen wird.

Geisenheim, 3. Dez. 1918.

Das Bürgermeistereiamt.
Dr. Schneider.

Bekanntmachung.

Paul Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates und des Gouvernements zu Mainz vom 23. Nov. d. J. darf Heeresgut nur mit Genehmigung des stellv. Generalkommandos oder der Intendantur des 18. Armee-korps veräußert werden.

Privatpersonen, welche entgegen diesen Bestimmungen Heeresgut kaufen, erwerben dadurch kein Besitzrecht an den betreffenden Gegenständen. Es wird vielmehr gegen solche Privatpersonen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen werden.

Geisenheim, den 3. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Dr. Schneider.

Bekanntmachung.

Morgen Mittwoch von 9 Uhr an kommen an der hiesigen Eisenbahnstation Kartoffeln zum Verkauf. Auf die Person entfallen 100 Pfund. In Betracht kommen nur diejenigen, welche nicht Selbstverbraucher sind und einen Zentner noch nicht bezogen haben.

Bezugscheine werden im Rathaussaal von 8 $\frac{1}{2}$ —12 Uhr und von 2—4 Uhr gegen Gleichzahlung auszugeben. Vormittags kommen Bezugscheine von Nr. 1—500 nachmittags von 500 bis zum Schluß zur Ausgabe. Der Preis ist 7.10 Mk. für den Zentner.

Geisenheim, 3. Dez. 1918.

Der Magistrat: Dr. Schneider

Graco-Nähr- u. Milchpulver für Rinder, Ziegen und Kaninchen empfiehlt P. Jos. Klein Geisenheim Steinheimerstr. 5.

Besuchskarten ::
Buchdruckerei Jander

Bekanntmachung.

1. Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe können vom

2. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 15. Juli 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. Der Umtausch der Zwischenscheine für die 4 $\frac{1}{2}$ % Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe und für die 4 $\frac{1}{2}$ % Schatzanweisungen von 1918 folge VIII. findet gemäß unserer Anfang d. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November d. Js.

bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen der frü eren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank - Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in Weinbergspfählen.

Tannene, gerissene Kieferne, Gold-Lärche Primisfia, gefägte, kyanisierte. Rundstäbe kyanisiert, Weinbergsstück imprägniert und kyanisiert, in Länge von 1,50, 1,75, 2 Meter und höher.

Große Auswahl Pfähle zur Baumpflanzung imprägniert und kyanisiert.

Imprägnierte Pfähle zur Baumanlage in 2 bis 4 Meter Länge 5—12 Zentimeter Hölzstärke.

Wer jetzt kauft und bezieht tut gut daran.

Verkauf ab Lager gegen Kasse, Versand gegen Nachnahme.

Elisabeth Dillmann.
vorm. Gregor Dillmann.

ARBEITER

nehmen an die
Geisenheimer Kaolinwerke.

Monatsmädchen oder Frau

Bei gutem Lohn für
Vormittags 2 Stunden ge-
sucht. Näheres bei Frau
P. Herrmann Breitst. 1.

Zuverlässiges Mädchen

oder Frau für halbe Tage
gesucht.

Frau v. Rade.

Ein-Familienhaus sofort zu verkaufen

5 Zimmer, Küche mit Spül-
raum, großer heller Sou-
terain, Keller und Speise-
kammer, Badezimmer, Zen-
tralheizung, Gas und Ele-
trizität, Garten, herrlicher
Rundblick. Zu erfragen in
der Geschäftsstelle der Ztg.

Hotel, Restaurant, Cafe Hotel zur Linde

Telefon Nr. 205.

Evang. Kirchengemeinde

Alle, konfirmierten evangl.
jungen Mädchen werden
gebeten sich morgen, Mit-
woch, Abend 8 Uhr zu
einer Besprechung in un-
serer Kirche einzufinden.
Thiel, Warrer.

Möbel:

1 Schreibsekretär
in Kirschbaum,
1 Vertikow und
1 Kommode in Nuss-
baum, alle Stücke aufs beste
gearbeitet u. erhalten, preis-
wert abzugeben. Näheres
i. d. Geschäftsstelle d. Ztg.
Prima Schifferhof
Flaschenbier
J. Bach (zur Krone).